Donnerstag, den 7. Dezember.

Thorner  Zeitung.

Nro. 289. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1871.

Vor einem Jahre.

7. December. Vorrücken der 2 Armee von Orleans aus in der Richtung auf Tours. Die 17 Division trifft in der Richtung auf Beaugency starke französische Corps bei Meung, wird im Angriffe von dem 1. bayrischen Corps unterstützt und vertreibt den Feind aus allen Positionen. 260 Gefangene und 2 Geschütze. Zugleich verfolgt die 6. Cavallerie-Division den Feind bis Talbris und Nevoy.

General Aurelles de Paladine legt das Commando der französ. Loire-Armee nieder.

Tagesbericht vom 6. Dezember.

Am 4. war S. M. in anhaltender Arbeit mit dem Kriegsminister und dem Militär-Kabinet, darauf hatte der Geh. Rath Abeken Vortrag und schließlich der aus Straßburg eingetroffene kathol. Bischof eine Audienz. J. M. die Kaiserin hat die zahlreichen Besuche der Mitglie- der des Königshauses empfangen. Auch dinirten Kron- prinz und Kronprinzessin bei den Kaiserl. Eltern. Die Königin Wittwe hat bereits die Winterwohnung im Schlosse Charlottenburg bezogen. Am Sonntage feierte der Hof den Geburtstag der Großherzogin Louise von Baden. Die nach Petersburg abgegangenen St. Georgs- ritter werden dort einen Aufenthat von 14 Tagen neh- men. Das Befinden des Fürsten Bismarck ist besser ge- worden. Von Königsberg brach sich gestern der letzte abgehende Dampfer durch das Eis des Pregels und Haf- fes, das bereits eine Stärke von 2 Zoll erlangt hatte, Bahn.

— Am 5. ist die vertagt gewesene Nationalversamm- lung in Versailles bei gegenwärtigen 500 Mitgliedern wieder eröffnet u. auch Herr Thiers war erschienen. Man beschränkte sich auf die Ausloosung der Abtheilungen und schloß diese erste Sitzung um 4 Uhr Nachm. Die Prinzen Orleans waren nicht anwesend, Morgen findet die Wahl des Präsidenten statt. Die Drohung unserer Regierung, den Belagerungszustand auf die ganzen sechs occupirten Departements erstrecken zu lassen, ist in Folge der von der französ. Regierung documentirten Gleichgültigkeit gegenüber den diesseitigen Vorstellungen zur Ausführung gekommen, und sollen nach einer Depesche aus Nancy v. 4. d. Mts. etwaige Verbrechen gegen deutsche Soldaten durch deutsche Militärgerichte abgeurtheilt werden. Der Marquis Gontaud Biron ist nunmehr zum Botschafter in Berlin ernannt.

— Die dänischen Eisenbahnen sind zum größten Theile seit mehreren Tagen durch immensen Schneefall unfahrbar geworden, was auch auf Jütland der Fall ist. Nur die Linie Kopenhagen-Korsör ist praktikabel geblieben. Der König ist nach letzten Nachrichten auf der Fahrt von Brindisi nach Athen. Die Nachricht über den Zustand des Prinzen von Wales vom 4. d. ist fortdauernd eine gute.

— Graf Beust hat endlich sein Ziel London nach vielen Irrwegen am 5. d. Mts. erreicht.

— In Washington hat der Schatzsecretär Boutwell den Verkauf von 4 Mill. Gold und den Ankauf von 4 Mill. Bonds angeordnnet. Der Kongreß hatte am 4. seine erste Sitzung. Die Botschaft des Präsidenten enthält nichts Verfängliches.

Deutschland.

Berlin, den 5. Dezember. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist auf Sonnabend, 9. d., Vormittags 11 Uhr, angesetzt. Auf der Tagesordnung steht die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der Gesetzentwürfe betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer und betr. die Stempelabgaben von gewissen, bei dem Grundbuchamte anzubringenden Anträgen, die Schlußberathung über den Gesetzentwurf betr. die Nassauische Brandversicherungsanstalt (Ref. Dr. Braun Waldenburg) und die Vorberathung des Etats.

Der Gesetzentwurf betr. die Abänderung bezw. anderweite Feststellung einiger Wahlbezirke für des Haus der Abgeordneten hat folgenden Wortlaut in § 1. Die durch Art. 2 und Anlage der Verordnung vom 14. Sept. 1867 dem fünfteu Wahlbezirke des Regierungsbezirks Kassel für die Wählen zum Hause der Abgeordneten zugetheilte Ortschaft Kaulsdorf wird von diesem Wahlbezirke abgetrennt und dem fünften Wahlbezirke des Regierungsbezirks Erfurt zugeschlagen. — § 2. Für die Provinz Schleswig-Holstein werden die Wahlbezirke, die Wahlorte und die Zahl der in jedem Bezirke zu wählenden Abgeordneten unter Abänderungen der Anlage sub IV. zum Art. 2 der Verordnung vom 14. Sept. 1867, nach Inhalt des anliegenden Verzeichnisses anderweit festgestellt. — § 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt bei der ersten nach dessen Verkündigung stattfindenden Neuwahl des Hauses der Abgeordneten in Kraft." — Das Verzeichniß theilt die Provinz Schleswig-Holstein in folgende 18 Wahlkreise, deren jeder 1 Abgeordneten zu wählen hat: Hadersleben (Wahlort Hadersleben), Apenrade-Sonderburg (Gravenstein), Flensburg (Flensburg), Tondern (Tondern), Husum-Eiderstedt und vom Kreise Schleswig die Stadt Friedrichstadt (Husum), Schleswig mit Ausschluß der Stadt Friedrichstadt (Schleswig), Eckernförde (Eckernförde), Stadtkreis Altona (Altona), Pinneberg (Pinneberg), Steinburg (Itzehoe), Süder-Dithmarschen (Meldorf), Norder-Dithmarschen (Haide), Rendsburg (Rendsburg), Kiel (Kiel), Segeberg (Segeberg), Stormarn (Wandsbeck), Plön (Preetz) und Oldenburg (Oldenburg).

Dem Herrenhause ist seitens des Staatsministeriums eine Denkschrift über die am 28. Juni c. aus Anlaß der Arbeiterunruhen erfolgte Erklärung der Stadt Königshütte in Belagerungszustand zugegangen. Dieselbe rekapitulirt einfach die bekannten Vorgänge.

— Auf Anordnung des Handelsministers sollen in den nächsten Tagen auf allen preußischen Staats- und Privatbahnen Versuche mit einer neuen Methode zur Heizung der Eisenbahnwagen angestellt werden und

---

Ueber die Schließuug von Baucontracten.*)

Die letzten beiden Jahre 1870/71 haben auf dem Gebiete des Bauwesens ganz veränderte Verhältnisse hervorgerufen. Was vor zwei Jahren noch gültig und recht war, ist heute veraltet. Wir haben dies zumeist durch die Arbeiterbewegungen erkennen müssen. Trotzdem werden auch jetzt noch Baucontracte formulirt und unterschrieben, die die berüchtigten Reichardt'schen Miethscontrakte an Unausführbarkeit (dem Wortlaut nach) und Strenge weit übertreffen. Vergegenwärtigen wir uns z. B. folgenden allgemein üblichen Passus in den Baucontracten zwischen Behörden und Bauunternehmern in seinen möglichen Folgen:

„darüber, ob die gefertigten Arbeiten und die gelieferten Materialien von guter Beschaffenheit sind, entscheidet zunächst der ausführende Baubeamte, in zweiter Instanz aber die betreffene Behörde, und bei dem Ausspruch derselben hat es sein Bewenden."

Auf eine richterliche Entscheidung darf also der Bauunternehmer nicht antragen, sondern eine sich herausstellende Differenz wird einseitig von der Partei entschieden.

Ist es nun auch nicht ganz so gefährlich, sich in die Hände einer Behörde zu geben, als in die eines Privatmannes, da die Beamten derselben nicht an dem Gewinn oder Verlust des Bauunternehmers Theil haben, so sind Menschlichkeiten — welche auf dem persönlichen Wohlwollen oder der Abneigung beruhen — immerhin nicht ausgeschlossen und der Unternehmer hängt — das dürfen wir uns nicht verschweigen — nur von dem Wohlwollen, dem Gerechtigkeitsgefühl eines einzigen Beamten ab.

Doch auch zwischen Privatpersonen kommen nicht selten solche, nur eine Partei bindende, Contracte vor und unsere Gerichtsakten weisen in jedem Jahr einen sehr hohen Procentsatz solcher Bauprocesse auf, wo der Richter unzweifelhaft das moralische Recht sehr leicht erkennt, trotzdem aber entscheiden muß nach dem Wortlaut des Contracts. Am meisten verfallen in solche Schlingen die Anfänger, welche den Henkersbrief unterschreiben, um Arbeit zu haben oder mit anderen Worten: Sie legen durch einen solchen Contractabschluß ihr Hab und Gut, ihr ganzes Vermögen (oft auch mehr als das) in die Hand eines einzelnen Menschen, der vielleicht ehrenhaft genug ist, dasselbe zurückzugeben.

In der öffentlichen Submission, bei welcher solche Contracte die Unterlage bilden, ist es nun aber meist der Fall, daß die Bietenden, um sich die Arbeit zuzuwenden, so enorm niedrige Preise abgeben, daß dieselben fast immer in die Alternative gerathen, entweder bedeutend zuzusetzen, oder sich einfach der Nachsicht der Baubeamten, resp. der Behörden, zu empfehlen.

In vorgenannten Contracten sowohl, als auch in dem gegenseitigen Unterbieten bei den Submissionen liegt ein großer Theil Unsittlichkeit, denn keine Behörde sollte von einem Staatsbürger verlangen, daß derselbe durch Unterzeichnung eines Contractes sich der richterlichen Entscheidung begiebt; aber kein Unternehmer sollte auch einen Contract unterzeichnen, in welchem er sich der Gnade einer Behörde oder wohl gar eines einzelnen Menschen anvertraut. — War eine solche Handlungsweise früher schon unverantwortlich und unsittlich, so ist dies heut in erhöhtem Maße der Fall, wo die Arbeiter — von vielfachen Ueberschreitungen abgesehen — in Erkenntniß ihrer Kraft und Selbstständigkeit schwerlich sich in ein Abhängigkeitsverhältniß zu ihren Arbeitsgebern stellen werden, was zuerst nothwendig wäre, wollte man solch einen Contract unterschreiben. Umsomehr sollten die selbstständigen Bauleute sich zur Würde ihres Standes erheben und nur einen Contract unterschreiben, den sie erfüllen können und der ihnen die Berufung auf richterliche Entscheidung nicht entzieht.

Freilich werden wir da vorerst noch recht viel redlichen Willen vorausschicken müssen, der sich nicht scheut, auch einmal einen persönlichen Vortheil dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen.

Wer aber dem Gesammtstreben dienlich sein will, der thue sich in Gemeinschaft mit seinen Fachgenossen und halte dann auch das, was in gemeinschaftlicher Berathung als das Beste erkannt worden ist.

*) Dem ausgesprochenen Wunsche eines hies. Baugewerbsmannes geben wir gern Folge, indem wir vorstehenden Artikel der Baugewerbs-Zeitung an dieser Stelle reproduciren.
Die Redaktion.

Die verflossene Reichstagssession hat das eine nicht zu unterschätzende Resultat gehabt, daß das deutsche Volk im Süden wie im Norden sich darüber vollkommen klar geworden ist, daß der Reichstag in seiner Majorität weder den Willen noch die Fähigkeit besitzt, Deutschland auf der Bahn der freiheitlichen Entwickelung vorwärts zu bringen. Der Reichstag, weit entfernt, von dem Streben beseelt zu sein, der Nation die Freiheit zu geben, verfolgt vielmehr in erster Linie das Ziel, die Regierungen, die Aristokratie und das Kapital gegen die Regungen des Volksgeistes zu schützen. Die hohe Körperschaft, in den politischen Anschauungen einer längst verklungenen Zeit befangen, verhält sich zu den bedeutsamsten politischen Erscheinungen der Neuzeit völlig negativ; sie giebt den Regierungen keinen Sporn, auf irgend welchem Gebiete der Staatsverwaltung die Initiative zu ergreifen, noch tritt sie selber mit einem Programm hervor, das die Theilnahme der Nation für sie zu erregen vermöchte. Kälte und Gleichgiltigkeit herrschten schon seit längerer Zeit in den Kreisen des Volkes gegenüber dem Reichstage; nun aber derselbe jetzt seine Hand dazu geboten hat, den kümmerlichen Rest der Rechte des Volkes preiszugeben u. mit völliger Ruhe, zum Theil sogar mit Beifall, die Ausführungen des Hrn. v. Treitschke aufgenommen hat, wornach die Regierungen von Rechtswegen alle Macht in sich vereinigen und dem Volke nichts weiter als die nackte Phrase bliebe, nun ist nicht zu verwundern, wenn Unzufriedenheit und Mißmuth an die Stelle jener Gleichgiltigkeit tritt. Dieser Mißmuth wird uns aber jedenfalls weiter bringen als die Gleichgiltigkeit, die mehr ihren Grund in der Ueberzeugung hatte, daß dem Reichstage die Macht völlig abgehe, Gutes wirken zu können. Die aller Orten immer mehr Wurzel fassende Anschauung, daß die Majorität des Reichstags eine starke Stütze der reaktionären Bestrebungen der Bundesregierung ist, muß nothwendig für alle in der Nation nach Freiheit und Recht strebende Männer ein Stachel sein, unsere Gewalthaber jener Stütze zu berauben und die Regierungen zu zwingen, entweder den nackten, aller Phrasen entkleideten Absolutismus einzuführen, oder aber dem Volke eine wahrhaft konstitutionelle Verfassung zu geben. Da heutzutage aber keine Regierung ohne die Zustimmung der Nation die Geschäfte des Staats mit Erfolg zu führen vermag, so wird die Schuld lediglich dem Volke selbst zuzuschreiben sein, wenn seine Mitwirkung an der Leitung seiner Geschicke sich lediglich auf die Bewilligung der Forderungen der Regierung beschränkt. Trotzdem die Bundesregierung für die nächsten drei Jahre in der Verfügung über die physischen und finanziellen Kräfte der Nation unbeschränkt verbleibt, bleiben der letzten noch immer Mittel genug, die eigenen Interessen wirksam zu verteten oder doch wenigstens auf den Moment sich genügend vorzubereiten, wo es sich eine den Anforderungen der Zeit u. ihren geistigen und materiellen Bedürfnissen entsprechende Verfassung geben kann.

zwar mittelst einer chemisch zubereiteten comprimirten Kohle. Die Heizung soll sich auf alle drei Wagenklassen erstrecken.

— Aus den vorhandenen neun Münzstätten sollen, wie man berechnet, allmonatlich für 10 bis 12 Millionen Thaler Goldmünzen hervorgehen, so daß der Metallvorrath der Reichskasse bis um die Mitte nächsten Jahres erschöpft wäre, wo dann weitere Raten der französischen Kriegsentschädigung ihn zu ergänzen und die Goldausprägung zu nähren hätten. Eigentliche Reichsmünzen mit dem Bildnisse des Kaisers als solchen, nicht Königs von Preußen, werden nur aus der Straßburger Münze hervorgehen.

— Die Verzögerung, welche bis jetzt hinsichtlich der Verhandlungen über einen neuen deutsch-französischen Postvertrag stattfand, ist auf prinzipielle Schwierigkeiten zurückzuführen. Obwohl Frankreich nichts gegen die Gemeinsamkeit der Einnahmen und Theilung derselben hatte, so beanspruchte es aber einen entschieden größeren Theil. Es proponirte für die Beförderung der Briefe ein Porto von 40 Centimes und verlangte für seinen Antheil 25 Centimes, während Deutschland nur 15 Cent. erhalten sollte und zwar wegen der schlechten Finanzlage Frankreichs, die also auf Kosten Deutschlands verbessert werden sollte. Diesseits wurde deshalb erklärt, daß, falls nicht eine andere Verhandlungsbasis gefunden werden sollte, vom 1. Januar 1872 ab die für Frankreich bestimmte Post bis zur Grenze geschafft werden würde und das übrige der französischen Postverwaltung überlassen bleiben sollte. Französischerseits wollte man darauf das Theilungsprinzip aufgeben und jedem Lande seine Einnahmen zuweisen. Dies wurde acceptirt. Hieran knüpfte sich das Verlangen Frankreichs, die von dort abgesandten Briefe mit einem Porto von 40 Cent. zu belasten. Deutscherseits wurde das Porto auf 3 Sgr. bemessen. Dies ist die Grundlage der jetzigen Verhandlungen. In Betreff der unfrankirten Briefe ist festgesetzt worden, daß dieselben in Frankreich mit 60 Cent., in Deutschland mit 5 Sgr. Porto belegt werden sollen. Ueber die Versendung von Drucksachen, Waarenproben, Zeitungen etc. sind Grundzüge bis jetzt noch nicht bestimmt, ebenso wenig über den Transitverkehr.

— Die neuerliche Reise des General-Postdirektors durch einen Theil der Provinz Preußen ist, wie die „Magd. Ztg." wissen will, zum Theil mit Hinblick auf spätere Verhandlungen mit Rußland über die Abänderung des Postvertrages unternommen worden. Der Postvertrag mit Rußland ist der älteste unter den gegenwärtigen für Preußen bestehenden und er entspricht deshalb in vielen Beziehungen nicht mehr den Forderungen der Zeit. So ist es eine große Anomalie, wenn ein Brief nach Amerika nur 2½, nach Petersberg dagegen 4 Sgr. kostet. Die Revision des Vertrages wurde auch schon im Reichstage angeregt. Bei derselben werden auch Bestimmungen über die neue Postlinie von Preußen nach Konstantinopel getroffen werden müssen. Diese Linie wird über Breslau, Czernowitz und die südrussischen Bahnen nach Odessa gehen, welches durch schnelle Dampfer mit Konstantinopel in Verbindung steht.

— Der Physiker Herr Böttcher wird seine ebenso unterrichtenden wie unterhaltenden Soireen, die seit Jahren einen beliebten Bestandtheil in den Winter-Unterhaltungen unserer Stadt einnehmen, am künftigen Sonntag, den 10. Dezember, im Konzertsaale des k. Schauspielhauses wieder eröffnen. Wie bekannt, weiß Hr. Böttcher die Besucher seiner Soireen durch mannigfache Abwechselungen zu erfreuen; den interessanten Vorführungen aus verschiedenen Ländern wird sich diesmal auch ein neuer Cyklus, eine Wanderung durch die romantischen Gegenden Spaniens, anreihen. (Erfreuliche Kunde von unserm Landsmanne. D. R.)

— Der Minister des Innern hat sich den angeregten Bedenken nicht verschließen können, ob nicht durch die gesetzlich zulässige vorläufige Entlassung von Strafgefangenen Berlin Elemente zugeführt werden, die für die Sicherheit der Hauptstadt gefahrbringend seien, sondern der Minister hat sämmtlichen Regierungen, in denen sich Strafanstalten befinden, sehr bestimmte hierauf bezügliche Vorschriften zugehen lassen. Dieselben betonen hauptsächlich, daß die Strafanstalts-Directoren neben der Führung des Gefangenen während der Dauer der Haft auch alle sonst zur Beurtheilung seiner Individualität dienenden Momente in Betracht zu ziehen und die Entlassung nur dann in Antrag zu bringen haben, wenn in Berücksichtigung „aller" dieser speciell zu erörternden Momente sich für sie die bestimmte Ueberzeugung ergebe, daß der Gefangene in der That als gebessert und einer ausnahmsweisen Berücksichtigung für würdig angesehen werden könne. Schon im Interesse der öffentlichen Sicherheit sei eine besonders strenge Prüfung bezüglich der vorläufigen Entlassung rückfälliger Verbrecher gegen das Eigenthum geboten. Eine strenge Beobachtung dieser Grundsätze ist den Regierungen zur Pflicht gemacht.

— Auf Anregung des Präsidiums und nach Anhörung des Ausschusses für das Landheer und die Festungen hat der Bundesrath beschlossen, die aus drei Mitgliedern bestehende Comission zur Klassifizirung der zur Ausstellung von Freiwilligen-Attesten berechtigten Schulanstalten um 2 Mitglieder zu verstärken, von welchen das Eine durch die württembergische, das Andre durch die großh. badische Regierung zu ernennen ist. Ferner soll nach Ablauf von drei Jahren die Frage in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Zusammensetzung der Commission für die Folgezeit anderweitig und etwa in der Weise zu ordnen sei, daß hinsichtlich sämmtlicher Mitglieder der Commission diejenigen Regierungen, welchen die Ernennung zusteht, für eine bestimmte Reihe von Jahren durch den Bundesrath zu bezeichnen seien.

— Der bisherige bayrische, badische und hessische Consul zu Liverpool Carl Stöß, ist zum Consul des Deutschen Reiches daselbst ernannt worden.

— Der Kaiser hat sich in Begleitung des Kronprinzen heute Vormittag 11½ Uhr mittelst Extrazuges über Stendal, Lehrte und Hannover nach Springe zur Jagd begeben.

— Das Abgeordnetenhaus will noch gar nicht so recht ins Arbeietn kommen. Obwohl den Kommissionen verschiedene Vorlagen zur Vorberathung überwiesen sind, so hat doch heute keine Kammission Sitzung gehalten. Auch die Geschäftsordnungskommission, welcher die Frage wegen der Mandatsfortdauer des zum vortragenden Rath ernannten Abg Dr. Achenbach zur Begutachtung überwiesen ist, hat noch keine Sitzung gehalten. Der Vorsitzende der Kommission, Dr. Kosch, hat den Abg. Dr. Böhmer zum Referenten ernannt. — Präsident v. Forckenbeck ist auf zwei Tage verreist. Im Herrenhause werden vor Weihnachten höchstens noch 2 oder 3 Sitzungen stattfinden, vorläufig steht daselbst aber noch keine Plenarsitzung in Aussicht.

Die vielfach besprochene Angelegenheit wegen Verlegung der Sitzungen der Abgeordnetenhauses in die Räume des Reichstagsgebäudes ist nunmehr dahin entschieden, daß das Abgeordnetenhaus in seinem bisherigen Gebäude verbleibt. Damit dürfte auch den Wünschen der meisten Abgeordneten entsprochen sein.

In dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten figurirt unter Tit. 2. für Gesandtschaftsposten an deutschen Höfen die Summr von 87,000 Thlr., d. h. 49,800 Thlr. mehr als 1871. Diese Ausgabe wird dadurch motivirt, daß die Dotationen für die Gesandtschaften in Karlsruhe, Darmstadt, München und Stuttgart, welche, in den Jahren 1870 und 1871 aus Bundesfonds gezahlt wurden, vom Jahre 1872 ab auf den Etat des preußischen Ministeriums des Auswärtigen zu nehmen seien, da der Bund zur Tragung der Kosten für die innerhalb des Bundesgebiets befindlichen Gesandtschaften nicht verpflichtet ist. Dieselben bereits wiederholt angegebenen Gründe, welche für Preußen die Beibehaltung der Missionen in Dresden, Hamburg, Oldenburg und Weimar hätten nothwendig erscheinen lassen, seien es, welche die Aufrechterhaltung auch der Gesandtschaften in Karlsruhe, Darmstadt, München und Stuttgart fordern. In den bisherigen Dotationen ist nur insofern eine Aenderung eingetreten, als die Zulagen für den bisherigen Militärbevollmächtigten in Karlsruhe von 1500 Thaler in Wegfall kommt, da derselbe in Folge der Verschmelzung des badischen Truppenkorps mit der preußischen Armee entbehrlich geworden ist.

Die Besoldung der preußischen Zivilbeamten im Jahre 1871 erforderte die Summe von 29,402,744 Thlr. 25 Sgr. Nach der in Aussicht genommenen Aufbesserung der Gehälter wird der Etat für 1872 eine Summe von 33,422,375 Thlr. 13 Sgr. 4 Pf. erfordern, wonach also die Gehalszulagen eine Mehrausgabe von rund 4,050,000 Thlr betragen; dazu die Mehrausgaben für die Beamten in Hohenzollernschen Landen mit 9953 Thlr., macht zusammen 4,059,953 Thaler.

Ausland.

Oesterreich. Wien, 3. Dezember. Wie die „Presse" vernimmt, wird die Thronrede, über welche schon jetzt Berathungen gepflogen werden, das Regierungsprogramm ziemlich eingehend entwickeln. Um den ewigen Secessionen oppositioneller Reichsrathsabgeordneten einen Riegel vorzuschieben, wird sich unter den ersten Vorlagen der Regierung an den Reichsrath eine Novelle zum Nothwahlgesetz von 1869 befinden, deren Kardinalpunkt sich der „Pr." zufolge dahin zusammenfassen läßt: „Wird ein Abgeordneter gewählt und erscheint er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von vierzehn Tagen im Reichsrathe, so ist er seines Mandats verlustig, und es wird sein „Hintermann" als Abgeordneter in den Reichsrath einberufen, d. h. derjenige Kandidat, der bei der Wahl die nächstmeisten Stimmen erhalten hat." Als weitere Vorlagen werden genannt: eine Vorlage über die Deckung des Defizitrestes für 1871, eine Vorlage über die Forterhebung der Steuern für das erste Quartal 1872, endlich der Vertrag mit dem „Oesterreichischen Lloyd", der mit Ende Dezember zu Ende geht.

Was die Verhandlungen mit den Polen betrifft, so sind dieselben bis zur Reichsrathssession vertagt worden.

Frankreich. Paris, 2. Dezember. Die belgischen Ultramontanen neigten stets, besonders in der kaiserlichen Zeit, stark zu Frankreich und so ist es nur billig, daß der „Constitutionnel" heute für sie eifrig in die Schranken tritt und den Liberalen streng den Text liest. Er meint, daß die Feindseligkeiten gegen die Katholiken insbesondere vom belgisch-nationalen Standpunkte aus zu verwerfen seien, indem Belgien seine Selbstständigkeit nur der katholischen Kirche verdanke, die die Revolution von 1830 und damit die Lostrennung vom protestantischen Holland hervorrief. —

Die Reichstagsverhandlung in Betreff der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres hat hier natürlich großes Aufsehen erregt. Die Rede des Präsidenten Delbrück, welche unsere Lage Frankreich gegenüber mit der nöthigen Reserve, aber durchaus richtig darlegt, konnte nicht verfehlen, erheblichen Eindruck zu machen. Das „Journal des Debats", welches in neuer Zeit die auswärtigen Fragen fast nicht minder leichtfertig als der „Gaulois" behandelt, bindet seinen Lesern auf, der Präsident des Reichskanzleramtes habe erklärt, Frankreich warte nur darauf, den letzten Theil der fünf Milliarden bezahlt zu haben, um dann Deutschland den Krieg zu erklären. Auf diese alberne Wortverdrehung sich stützend, meint das Blatt, Frankreich würde jedenfalls besser thun, den Krieg zu erklären, bevor es die 5 Milliarden entrichtet habe.

— Bei Gelegenheit der heute zur Erinnerung an die Schlacht von Champigny abgehaltenen feierlichen Feldmesse nahm außer dem Erzbischof von Paris, der von der Eintracht zwischen Armee und Religion sprach, auch der General Ducrot das Wort. Er rief die Anstrengungen ins Gedächtniß, welche von der Armee zur Befreiung von Paris gemacht worden und den Antheil, den er für seine Person daran nahm. „Ich war ein Idol, sagte er, aber ein Idol auf thönernen Füßen." Er fügte noch hinzu, daß er nach der Schlacht von Champigny den Muth hatte, der Regierung der National-Vertheidigung zu sagen, der Moment zu unterhandeln sei gekommen. Er brandmarkt hierauf den Aufstand der Kommune und endigt mit einer warmen Aufforderung zur Eintracht. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Feldmesse wurde von einem Missionär abgehalten. Es wohnten der Feierlichkeit bei die Generale Trochu, Ducrot, Berthault, Faron, Frebault, d'Exea, Boissonnet und Vinoy, dieser letztere an der Spitze seines ganzen Generalstabes.

Italien. Rom, 29. Novbr. Kaum eine Stunde, nachdem König Victor Emanuel vor dem versammelten Parlament das Wort „Versöhnung" gesprochen, hielt Pius IX. im Vatikan eine Rede, welche jeden Gedanken an eine solche mit Entrüstung abwies. Der am 26. und 27. mit Beschlag belegte „Osservatore romano" giebt in seiner am gestrigen Abend endlich wieder veröffentlichten Nummer eine Schilderung der Demonstration, die, wie am 3. Juli im Gegensatz zu der nationalen Feier, von der Partei der Schwarzen in Scene gesetzt ward. Gegen 11 Uhr, erzählt der „Osservatore", strömte in den Sälen des Vatikan die Elite des römischen Patriziats, der Bürgerschaft und der vorübergehend in Rom befindlichen Fremden zusammen.

Rußland. Petersburg, 27. November. Im russischen Kriegsministerium werden eifrig die Einrichtungen der preußischen Militärverwaltung studirt, um sie bei der russischen Armee in Anwendung zu bringen. Besondere Aufmerksamkeit wird denjenigen Einrichtungen zugewendet, welche dazu dienen, die Verbindung der Arrieregarde mit der Operationslinie zu erhalten, und die im Felde stehenden Truppen mit Lebensmitteln aller Art reichlich zu versorgen. — Die massenhafte Anschaffung von Kriegsmunition aller Art wird mit ungeschwächtem Eifer betrieben. — Ein hiesiger Artillerieoffizier, Dawidoff hat ein sogenanntes automatisches Schießsystem erfunden, das bei Marinegeschützen in Anwendung kommt und daraus besteht, daß ganze Schiffsbatterien zu gleicher Zeit mittelst des galvanischen Stromes abgefeuert werden. Falls die neue Erfindung, mit der jetzt Versuche angestellt werden, sich bewährt, so wird die Leitung des Artilleriefeuers in der Schlacht außerordentlich erleichtert und die Trefffähigkeit der Schüsse bedeutend erhöht werden. — Die „Börsenzeitung" theilt amtliche statistische Notizen über die Ausdehnung des russischen Export- und Importhandels in den letzten 10 Jahren mit. Diese Notizen constatiren einen bedeutenden Aufschwung des russischen Handelsverkehrs. Nach denselben betrug 1860 der Gesammtwerth der über die europäische und finnländische Grenze ausgeführten Waaren 168,031,587 Rub. und hat sich bis 1870 (inkl.) allmälig bis auf 351,578,553 Rub. gehoben; er ist mithin in den letzten 10 Jahren um 183,546,966 Rub. gesteigert worden. Eingeführt wurden in Rußland über die beiden Grenzen 1860 Waaren im Gesammtwerth von 138,181,746 Rubel, 1870 von 315,407,400 Rub. Der Gesammtwerth der eingeführten Waaren ist mithin in der zehnjährigen Periode um 177,225,654 Rub. gestiegen.

Amerika. Eben wurde wieder auf Cuba ein Akt der Rache vollzogen, indem der Oberst Estrada, Schwiegersohn des Generals Aguilera, welcher den Spaniern in die Hände fiel, standrechtlich erschossen wurde. Cuba wird bekanntlich vollständig von den desparaten Banden der „Freiwilligen" beherrscht, welche der National-Regierung kaum noch den Schein einer Autorität gelassen.

Der allgemein verehrte Charles Francis Adams ist nach Europa abgegangen, um seinen Sitz in der Genfer Kommission einzunehmen. — Mit dem Kriegsdampfer „Wabash" ist heute der General Shermann, begleitet vom Sohne des Präsidenten, Lieutenant Grant, als Adjutanten, nach dem alten Welttheil gesegelt, um sich dort die Dinge ein wenig anzusehen.

Provinzielles.

Aus der Provinz, 3. Dec. Der Abgeordnete v. Lyskowski hat in der „Gaz. Tor." einen Aufruf an die polnischen Wähler unserer Provinz gerichtet, in welchem er in Betreff der bekannten Petition um Gleichberechtigung der polnischen Sprache bemerkt: „Da man sich diese Gleichberechtigung verschieden vorstelle, auch die deutschen Zeitungen ein wahres „Monstrum" aus der Petition gemacht hätten, so fühle er sich veranlaßt, Folgendes zu

erklären. Durch die Gesetzgebung im preußischen Staat sei die Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen für die polnische Bevölkerung des Großherzogthums Posen anerkannt, aber nicht für die von Westpreußen. Da nun aber nach Art. 4 der preußischen Verfassung Alle vor dem Gesetze gleich seien, und da die geistigen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung Westpreußens dieselben seien, wie im Großherzogthum, da ferner in der preußischen Gesetzgebung in dieser Beziehung bindende Rechte für Westpreußen nicht existiren, da endlich das Gesetz der Gleichberechtigung der polnischen Sprache das Grundprincip des Schulgesetzes, welches vom Landtage berathen werden solle, sein müsse, — so wenden die Polen Westpreußens sich an den Landtag mit der Bitte, daß in der preußischen Gesetzgebung ebenso wie für die polnische Bevölkerung des Großherzogthums auch für die polnische Bevölkerung Westpreußens die Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen ausgesprochen werde u. s. w.

Graudenz, 4. Dezbr. Hier hatten wir gestern, 3. Dezbr., Morgens — 3 Grad und heute ist wegen Eisgangs die Fähre abgefahren worden.

— Die Ernteberichte aus der Provinz Preußen stellen sich mit dem Ertrage der Körnerfrüchte zufrieden und lassen ihn als eine gute Mittelernte gelten. Wenn man schon im Frühjahr große Sorge wegen der Wintersaaten hegte, daß sie ausgewintert sein könnten, so bestätigte sich dieselbe doch nur für ganz leichten Boden, in welchem die Saaten, wenn sie nicht durch starke Schneelagen geschützt waren, so erheblich gelitten hatten, daß eine neue Bestellung vorgenommen werden mußte. Die Kartoffelernte hat im ganzen Bezirke auch den geringsten Erwartungen nicht entsprochen. Der Preis der Kartoffeln ist deshalb auf 1 Thlr. gestiegen. Erbsen und Bohnen haben auch keinen lohnenden Ertrag geliefert. Dagegen hat die Futterernte ein ganz vorzügliches Resultat ergeben.

(Danz. Ztg.)

Schwetz, 3. Dezbr. Wie in früheren Jahren im Schwetzer Kreise, sind neuerdings auch im hiesigen und den Nachbarkreisen Schlochau und Flatow Schwindeleien beim Ankauf von Grundstücken vorgekommen. Es werden namentlich den Bauern die Grundstücke zu hohen Preisen abgekauft. Kaum ist der Kauf abgeschlossen, so verkauft der neue Besitzer, nachdem er das Inventarium losgeschlagen hat, das Grundstück an einen unbemittelten Helfershelfer. Auf diese Weise kommen die Betreffenden um ihr Grundstück auch um das Kaufgeld, oder aber sie erleiden durch diese Manöver nicht unerhebliche Verluste. Der Kaufmann Wittstock aus Berlinchen ist ähnlicher Geschäfte wegen verhaftet worden. Er ist dem Kreis-Gericht zu Schlochau überwiesen.

Schwetz, 3. Dezember. Die Verhandlungen wegen Eindeichung unserer Altstadt sind bekanntlich resultatlos gewesen und scheint das Projekt der Uebersiedelung auf die Höhe wieder festen Boden zu gewinnen. Es ist nämlich am 30. v. Mts. sämmtlichen hiesigen Agenten der Feuer-Versicherungs-Gesellschaften folgendes Schreiben vom hiesigen Magistrate zugegangen: „Wie wir privatim erfahren haben, soll ein Kommissarius der Königl. Regierung in Marienwerder hier eintreffen, um die zum Ueberbau der Altstadt nach der Neustadt erforderlichen Mittel festzustellen. Um einen ungefähren Ueberblick des Werthes der Gebäude in der Altstadt zu gewinnen, ersuchen wir Sie, uns ein Verzeichniß derjenigen Gebäude der Altstadt, welche bei der von Ihnen vertretenen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft versichert sind, unter Angabe des Versicherungswerthes einzureichen." — Inzwischen ist nun der Herr Regierungs-Rath Fleischmann aus Königsberg hier eingetroffen und soll auch Herr Wasserbau-Inspektor Kozlowski aus Culm beauftragt sein, die Gebäude der Altstadt zu taxiren und den Betrag, der zum Ueberbau erforderlich sein wird, zu ermitteln.

Kurzebrack, 4. Dezember. Heute Morgens bei 5' 8" Wasserstand Grundeis. Die Schnellfähre wird Mittags abgenommen, und findet der Trajekt mittelst Kahn und Spitzprahm statt.

Marienburg, 4. Dezbr. Anknüpfend an meine Correspondenz vom 1. d. M. in Betreff des verwundeten Primaners kann ich heute den im Allgemeinen günstigen Verlauf der Heilung berichten, so daß einige Hoffnung auf völlige Genesung vorhanden ist.

Elbing, den 3. Dezember. Am vergang. Freitage besuchte der Erfinder der unter seinem Namen bekannten allgemein verbreiteten Planimeter (Flächenberechnungsinstrumente), Professor Amsler Laffon aus Schaffhausen auf einer Durchreise nach Petersburg den hiesigen Ort.

Vergangenen Sonntag versuchte noch das Dampfboot „Julius Born" mit einer Ladung Getreide nach Königsberg zu fahren, mußte aber wegen starken Eises in der Gegend vor Frauenburg retourniren. Die Dampbootfahrten nach Königsberg und Danzig werden einzustellen sein.

Es befindet sich hier noch ein ziemlich großes eisernes Barkschiff, „Hope", welches mit einer Ladung Eisen für die hiesige Hüttengesellschaft E. Dehring von England vor dem Frost hier eintraf. Leider wird die starke Eisdecke im Haff wohl das Ausgehen dieses Seeschiffes verhindern.

Locales.

— **Handwerkerverein.** Donnerstag den 7 December wird Herr Baumeister Bahlke einen Vortrag über den Bau der neuen festen Weichselbrücke halten.

— **Theater.** Dem gestrigen Stücke, „Die Anna-Lise", Historisches Schauspiel in 5 Acten von Hermann Hersch lag die bekannte Heirathsgeschichte des jungen Leopold v. Dessau mit der Apothekers-Tochter Anna Lise Föhse zu Grunde. Wie schon bemerkt, ist dieser Stoff so bekannt, daß wir uns ein näheres Eingehen auf den Inhalt ersparen können. Die Aufführung ging recht glatt von Statten und war dieselbe auch eine recht zufriedenstellende. Daß hier und da die eine oder die andere kleine Parthie nicht in dem Maaße am Platze war, übersehen wir um so lieber, da die Hauptrollen recht gelungen zur Geltung kamen. Die Titelrolle fand in Frau Blattner eine mit Gefühl und Wärme ausgestattete Vertretung, hieran reihten sich ebenbürtig in fein nuancirtem Spiele Herr Blisse (Marquis de Chalisac, Gouverneur des Fürsten) und Herr Schäfer (Leopold, Fürst zu Anhalt-Dessau minorenn), der jedoch stellenweise zu roh und des feinen Hoftones zu wenig eingedenk war. Gottlieb Föhse, Apotheker (Hr. Kaula) konnte sich nicht recht in den ehrlichen biederen Ton des schlichten Bürgers finden und spielte stellenweise zu de- und wehmüthig; bedeutend besser in Spiel und Diktion war Herr Zoche (Hofmarschall v. Salberg), doch schien auch ihm manchmaldas Parquet des Hofes zu glatt. Recht brav spielte Frau Borchard (Fürstin Henriette Vormünderin und Regentin), doch Hoheit und Würde mangelte ebenfalls hie und da. — Die Dekoration war sehr geschmackvoll, nur schien der Toiletten-Spiegel sich in solch glanzvoller Umgebung unbehaglich zu fühlen, wie auch die bescheidene weiße Gardine vor Scham ob ihrer Einfachheit und Unbedeutenheit grau geworden zu sein. G

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Banquier-Provisionen.** Wir erhalten aus der Provinz Sachsen folgende Zuschrift: „In mehreren Nummern Ihres geschätzten Blattes haben Sie sich über die „Banquier-Provision bei Effekten-Geschäften" ausgesprochen, dabei aber, wie es scheint, nur auf Ihre Berliner Leser und nicht anf solche in der Provinz Rücksicht genommen, die direct mit Berliner Banquiers in Verbindung stehen. Wenn Sie nämlich zu dem Schlusse gekommen sind, daß die Berechnung von $\frac{1}{4}$ pCt. Courtage und $\frac{1}{8}$ pCt. Provision nicht zu hoch sei, so sind dies die Conditionen, die wir Banquiers in der Provinz bei unseren Verbindungeu in Berlin mindestens selbst zahlen müssen, wenn wir nämlich mit reellen Häusern zu thun haben wollen; in vielen Fällen (namentlich bei älteren Firmen) müssen wir sogar neben 1 pCt Courtage noch $\frac{1}{2}$ pCt Provision zahlen.

Nun lesen unsere Kunden auf unsere Veranlassung viel Ihre neue Zeitung und verlangen demnach von uns die Berechnungen nach den obigen von Ihnen als maßgebend hingestellten Sätzen. — Wir möchten Sie daher bitten, in einer der nächsten Nummern Ihres Blattes zu erwähnen, daß diese Sätze mindestens die von uns gezahlten sind, und daß wir in der Provinz nicht zu viel rechnen, wenn wir außer der Courtage im Ganzen ein halb pCt Provision oder bei kleineren Aufträgen die frühere Sitte gewesenen Brief- und Geldnotizen ($\frac{1}{2}$ über, resp. unter Notiz) in Anrechnung bringen. Es sind diese Sätze gewiß nicht zu hoch, wenn die Kundschaft bedenkt, daß wir außer der selbstverlegten Courtage und der Berliner Provision noch die bedeutenden Porti für Effektensendungeu tragen müssen, und nebenbei bei Couponrealisationen gar keine Entschädiguug für die Mühwaltung und die Porti erhalten.

Wir glauben im Interesse unserer sämmtlichen Collegen in der Provinz Ihnen die Bitte um Veröffentlichung der umstehenden Notizen an's Herz legen zu dürfen und versichern Sie im Voraus unseres besten Dankes."

Wir geben dieser Zuschrift gern Raum, mit dem Bemerken, daß, — wie wir schon in unserer letzten Notiz über diesen Gegenstand andeuteten — der Banquier der Provinz noch auf einer höheren Provision besteht, und, setzen wir hinzu, auch ein Recht hat, darauf zu bestehen. Es ist ihm gegenüber, wie der Herr Briefschreiber auseinandersetzt, in der That zu berücksichtigen, daß er in Berlin selbst eine Vermittelung in Anspruch nehmen muß, die er nicht umsonst hat. Seine Provisions-Forderung wird sich also vergrößern, um diesen Betrag, den er in Berlin zahleu muß, und $\frac{1}{3}$ pCt Provision und 1 pro Mille Courtage würde danach eine billige und $\frac{1}{3}$ pCt. Provision und $\frac{1}{2}$ pro Mille Courtage eine bei kleineren Geschäften immer noch nicht zu hohe Vergütung für die Geschäfts-Vermittelung eines Banquiers in der Provinz sein.

(Neue Börsen-Ztg.)

— Die „Neue Börsen-Zeitung" bringt beziehentlich des Kramsta'schen Aktien-Unternehmens einen längeren wiederum warnenden und klar gehaltenen Artikel unter der Ueberschrift „Kolossal überzeichnet"! und müssen wir bei beschr. Raume es uns mit Mittheilung des Schlußpassus genügen lassen. Derselbe lautet:

Wer die Zeichner der Kramsta'schen Actien sind, würden wir gleichfalls anzugeben in der Lage sein, und unsere Leser würden dann beurtheilen können, ob — was wir bestreiten — Capitalisten gezeichnet haben, weil sie werthvolle Actien zu erwerben glauben, oder ob nicht vielmehr Speculanten die Actienzeichner sind, die mit dem weit, weil unter pari normirten Consortialcourse allmälig dadurch auf ihre Rechnung zu kommen hoffen. Wenn sie zu 90 und unter Umständen noch billiger ihre Consortialantheile beziehen und die außerhalb dieses bevorzugten Kreises Stehenden heranziehen und sie zur Abnahme der Actien mit einem hohen Agio bestimmen, dann haben sie, wie tief später auch der Börsencours noch sinken mag, trotz alledem einen hohen Gewinn und können es schon verschmerzen, wenn Privatleute, die mit Pari gezeichnet oder durch eine angebliche Zeichnungs-Reduction gelockt, wohl gar mit einigen Procent Agio gekauft haben, zwischen 10 und 20 Procent binnen wenigen Wochen verlieren.

(Noch fragen wir zum Schluß: wollen sich hiesige Capitalisten noch immer nicht die Augen öffnen lassen und fortfahren dem Schwindel hohe Verluste zum Opfer zu bringen?

Die Redaktion.)

Briefkasten.

Eingesandt.

In vorgestriger Nummer dieser Zeitung hat der Einsender „Mehrere besorgte Bürger" aus Unkenntniß die städtische Feuerwehr geschmäht, indem er dieselbe lächerlich zu machen sucht, dagegen aber den Herren Gymnasiasten Weihrauch streut, obgleich die Erfolge derselben bei ernster Feuersgefahr oft sehr illusorisch sind. Einsender sagt: „den städtischen Spritzen war es zu unbequem einen so weiten Weg zu machen"; der § 9 der Feuerordnung lautet: Bei auswärtigem Feuer rückt eine Spritze und 12 Mann auf Befehl des Feuerherrn zur Brandstelle. Dem Gesetze ist genügt worden; ferner: „Pferde standen zu Gebot", gewiß nur im Kopf des Einsenders, denn Thorn hat keine Pferde zur Bespannung der Feuerspritzen, und Privatleute mögen dazu keine hergeben, obgleich sie für solche Dienstleistung bezahlt werden, weiterhin „Ihrer Wirksamkeit wurde durch Verbrennen ihres Schlauches ein Ziel gesetzt." Einsender weiß nicht, daß jede Spritze 100—150 Fuß Schlauch in 6 Enden mit sich führt, mithin also immer Schlauch genug übrig ist, um, wenn ein Ende schadhaft wird, dasselbe zu ersetzen. Im Uebrigen war die Scheune schon in sich zusammengefallen und durch die Windrichtung für die Wohngebäude keine Gefahr vorhanden.

H. B.

Zu der am 7. d. Mts. stattfindenden Wahl von 2 Stadtverordneten empfehlen wir die Herren:

Kaufmann Benno Richter u
" Julius Kusel.

Mehrere Wähler der 1. Abtheilung.

— **In Berlin, wo der Privatmann**, der großes oder kleines **Kapital** in Börsenpapieren anlegen will, unter den zahllosen Banquierfirmen wenigstens die Auswahl hat; mag es ihm eher noch möglich sein, einen zuverlässigen Wechsler zu finden. Ganz verlassen sind aber die Leute in den mittleren und kleineren Provinzialstädten. Der Beamte, der Offizier, der Gutsbesitzer und Bürger hat Einnahme-Ueberschüsse und sonstige Ersparnisse. Er wünscht sie in Papieren gut anzulegen und sucht natürlich bei dem kleinen Banquier der Provinzialstadt einen Berather. Der kleine Bauquier der Provinzialstadt ist selbst über den Fondsmarkt selten gut berathen; er schöpft seine Wissenschaft aus den Börsenberichten der Zeitungen oder aus den Empfehlungen, die ihm der Banquier einer größeren Stadt mit dem er etwa eine Verbindung unterhält, zukommen läßt. Grade auf diesem Wege haben **sich die Rumänier und ähnliche Papiere wie Rinderpest und Pockenseuche** in die entlegensten Provinzialstädte einschleichen können! dort fast noch größere Verheerungen als in Berlin oder in andern großen Städten angerichtet. Wenn es der **„Neuen Börsenzeitung"**, die vom 15. November in Berlin (zu dem billigen Preis von $1\frac{1}{3}$ Thlr. pro Quartal und für dieses laufende halbe Quartal zum Preise von 20 Sgr.) erscheint und durch alle Postanstalten zu beziehen ist, gelingt, auch nur diese eine ihrer Aufgaben zu lösen, daß sie nicht allein selbst dem Publikum faßliche Rathschläge ertheilt, sondern auch jedem Anfragenden einen Banquier in der Nähe seines Wohnorts benennt, dem er sich ohne Besorgnisse anvertrauen darf, der redlich mit seinen Kunden verfährt und auch selbst gut unterrichtet ist, — wenn ihr nur das Eine gelingt, so wird sie dadurch allein schon höchst verdienstlich wirken können.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 5. December 1871.

Fonds:	fest.	Roggen	fest.
Russ. Banknoten	$82\frac{5}{8}$	loco	56
Warschau 8 Tage	$82\frac{3}{8}$	Dezbr.	56
Poln. Pfandbriefe 4%	$72\frac{1}{2}$	Dezbr.-Januar	$55\frac{3}{4}$
Westprß. do. 4%	$90\frac{1}{4}$	April-Mai	$56\frac{1}{8}$
Posener do. neue 4%	92	Rüböl: loco	$27\frac{7}{12}$
Amerikaner	$98\frac{1}{4}$	pro April-Mai	$28\frac{1}{8}$
Oesterr. Bankn. 4%	$85\frac{3}{8}$	Spiritus	fester.
Italiener	$63\frac{1}{4}$	loco	22. 19.
Weizen:		Dezbr.	22. 24.
Dezbr.	$79\frac{3}{4}$	April-Mai	22. 22.

Getreide-Markt.

Thorn, den 6. Dezember. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: hell. Mittags 12 Uhr 4 Grad Kälte.

Wenig Zufuhr. Preise unverändert.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 73—75 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 78—80 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 79—81 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Roggen, 120—125 Pfd. 49—51 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, 46—52 Thlr. pro 2250 Pfd.

Spiritus pro 100 Qrt. a. 80% 22—$22\frac{1}{2}$ Thlr.

Russische Banknoten $82\frac{5}{8}$, der Rubel 27 Sgr. 6 Pf.

Berliner Productenbörse.

Dienstag, den 5. Dezember 1871.

Der heutige Markt brachte eine ziemlich energische Haussebewegung für Roggen, der unsere Platzspekulanten wohl nicht fern stehen, doch auch Commissionshäuser kauften stärker, besonders spätere Termine Das Effectengeschäft unterstützte die Haussebewegung nicht. Der Begehr nach Waaren war heute schwach.

Roggenmehl höher.

Weizen bei wenig Angebot besser bezahlt.

Hafer loco nur eben behauptet. Termine höher.

Rüböl mehr begehrt und besser bezahlt. Verkäufer machten sich rar.

Spiritus ist ferner nicht unerheblich gestiegen. Der Umsatz war rege.

Weizen loco 68—83 Thlr. per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißbunt polnischer $75\frac{1}{2}$—$78\frac{1}{2}$ Thlr. ab Bahn bez. Kündigungspreis $79\frac{7}{8}$ Thlr.

Roggen loco 56 — 58 Thlr. nach Qualität gefordert,

alter und neuer $56\frac{1}{2}$—57 Thlr., fein neuer $57\frac{1}{2}$ Thlr. ab Bahn u. Kahn bez. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis $56\frac{5}{8}$ Thlr.

Gerste loco 48—60 Thlr. nach Qualität gefordert.

Hafer loco 41—50 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer $44\frac{1}{2}$ Thlr., pommerscher $46\frac{2}{3}$—48 Thlr. ab Bahn bez. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis $45\frac{1}{4}$ Thlr.

Erbsen: Kochwaare 54—60 Thlr., Futterwaare 50—53 Thlr. per 1000 Kil.

Oelsaaten: Raps 108—120 Thlr., Rübsen 106—119 Thlr. per. 1000 Kilo.

Rüböl loco $28\frac{1}{3}$ Thlr. Br. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis $27\frac{7}{8}$ Thlr.

Leinöl loco $26\frac{1}{4}$ Thlr. bez.

Petroleum loco $13\frac{1}{4}$ Thlr. Gekündigt 100 Barrels Kündigungspreis $12\frac{5}{6}$ Thlr.

Spiritus loco ohne Faß 22 Thlr. 28 Sgr. bis 23 Thlr. bez.

Danzig, den 5. Dezember. Bahnpreise.

Weizenmarkt: matt. Preise nicht verändert. Umsatz schwach. Zu notiren: für ordinär und bunt 120 — 123 Pfd. von 70 — 73 Thlr., roth 126—132 Pfd. von 75 — 78 Thlr., hell- und hochbunt und glasig 125—132 Pfd. von 78 — 82 Thlr., 133 Pfd. 83 Thlr., weiß 126—132 Pfd. von 82—85 Thlr. pro 2000 Pfd.

Roggen frischer 120—125 Pfd. von $51\frac{1}{2}$—54 Thlr., leichtere zur Consumtion 120—122 Pfd. $51\frac{3}{4}$—$52\frac{1}{2}$ Thlr pro 2000 Pfd.

Gerste, flauer, klein, 102—110 pfd. von 44—48 Thlr., große 108 — 113 Pfd. von 46 — 50 Thlr pro 2000 Pfd

Erbsen, nach Qualität 48—52 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer nach Qualität 40—41 Thlr. pro 2000 Pfd.

Spiritus $20\frac{1}{2}$ Thlr. pr. 8000 % Tralles bez

Getreide-Börse. Wetter: ziemlich starker Frost. Wind: SW.

Weizen loco war heute in matter Stimmung und schwacher Kauflust, dennoch wollte man billiger nicht abgeben und sind nur 250 Tonnen zu unveränderten Preisen verkauft worden. Bezahlt wurde für roth 126 pfd. 78 thlr, 135 pfd. 81 thlr., bunt 120 pfd. $75\frac{1}{2}$ Thlr., 125 pfd 78 thlr., 126 pfd. $78\frac{1}{2}$ thlr., 127 pfd. 79 thlr., hellbunt 126 pfd. 80 thlr., 127/8 $80\frac{1}{2}$ thlr., hochbunt und glasig 130 pfd. $81\frac{1}{2}$ thlr., 131 pfd. 82 thlr., extra fein 132 pfd. $84\frac{1}{2}$ thlr., 136 $85\frac{1}{3}$ thlr., weiß 127/8, 129/30 pfd. 82 thlr. pro Tonne. Termine nicht gehandelt. 126 pfd. bunt April-Mai $78\frac{1}{2}$ thlr. Br. Regulirungspreis 126 pfd. bunt $80\frac{1}{2}$ thlr.

Roggen loco ziemlich unverändert, 120 pfd. 52 thlr., 122 pfd. $52\frac{3}{4}$ thlr. auch $53\frac{1}{2}$ thlr., 125 pfd. 54 thlr 126/27 pfd. $54\frac{1}{2}$ thlr per Tonne Umsatz 30 Tonnen. Termine geschäftslos, 120 Pfd. April-Mai $53\frac{1}{2}$ thlr. Br. Regulirungspreis 120 pfd. $50\frac{2}{3}$ thlr. — Gerste loco flau, kleine 96 pfd. 43 thlr., 110 pfd. 48 thlr, 112 pfd. 49 thlr., große 108 pfd. $48\frac{2}{3}$ thlr., 112 pfd. $50\frac{1}{2}$ thlr. pr. Tonne. — Erbsen loco unverändert, Futter- $49\frac{1}{2}$ thlr. Koch- $50\frac{1}{2}$, $51\frac{1}{2}$, $52\frac{1}{3}$ thlr. pr. Tonne. — Kleesaat loco alte weiße 40 thlr. pr. 200 pfd. — Spiritus loco $20\frac{1}{2}$ thlr. bez.

Getreide-Bestände ult. Nov. 1871: 10,370 Tonnen Weizen, 11,210 Tonnen Roggen, 460 Tonnen Gerste, 770 Tonnen Hafer, 960 Tonnen Erbsen, 1070 Tonnen Raps und Rübsen, 115 Tonnen Leinsaat.

Meteorologische Beobachtungen
der Station Thorn.

5. Dezember.	Barometer. reduc. 0.	Thermometer.	Himmelsansicht.	Wind.	Niederschlag.
6 Uhr M.	334''',27	— 4°,4	trübe.	SO.	—
2 „ Nm.	335,00	— 3,3	bedeckt.	SW.	—
10 „ Ab.	335,33	— 4,8	heiter.	—	—

Wasserstand den 6. Dezember 2 Fuß 11 Zoll.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.